
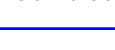
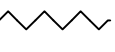

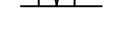


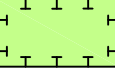
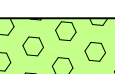
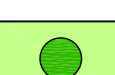






STADT ABENSBERG - LANDKREIS KELHEIM
VORHABENSBEZOGENER BEBAUUNGS- UND
GRÜNORDNUNGSPLAN FÜR DIE 'PHOTOVOLTAIK-
ANLAGE SCHWAIGHAUSEN - MÜHLTAL'

Präambel
Die Stadt Abensberg, Landkreis Kelheim, erlässt aufgrund § 2 Abs. 1 und §§ 9 und 10 des Bau-
gesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), aufgrund
Art. 81 der Bayerischen Bauordnung (BayBO) i. d. F. der Bekanntmachung vom 14.08.2007 (GVBl. S. 588,
BayRS 2132-1-I), zuletzt geändert durch § 1 des Gesetzes vom 10. Juli 2018 (GVBl. S. 523), aufgrund der Bau-
nutzungsverordnung (BauNVO) i. d. F. der Bekanntmachung vom 21.11.2017 (BGBl. IS. 3786) und aufgrund
Art. 23 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) i. d. F. der Bekanntmachung vom 22.08.1998,
(GVBl. S. 796, BayRS 2020-1-1-I), zuletzt geändert durch § 1 Abs. 36 der Verordnung vom 26. März 2019
(GVBl. S. 98), den qualifizierten Bebauungsplan mit Grünordnungsplan für das Sondergebiet
"Photovoltaikanlage Schwaighausen - Mühlthal" als Satzung.
§ 1 Räumlicher Geltungsbereich. Für den räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplans gilt die
ausgearbeitete Bebauungsplanzeichnung in der Fassung vom 18.01.2021 und die auf dieser
vermerkten Festsetzungen.
§ 2 Bestandteile dieser Satzung. Bebauungsplan mit: I. zeichnerischem Teil im Maßstab 1 : 1.000 und
II. textlichen Festsetzungen
§ 3 Inkrafttreten. Diese Satzung tritt gemäß § 10 Abs. 3 BauGB mit ihrer Bekanntmachung in Kraft.

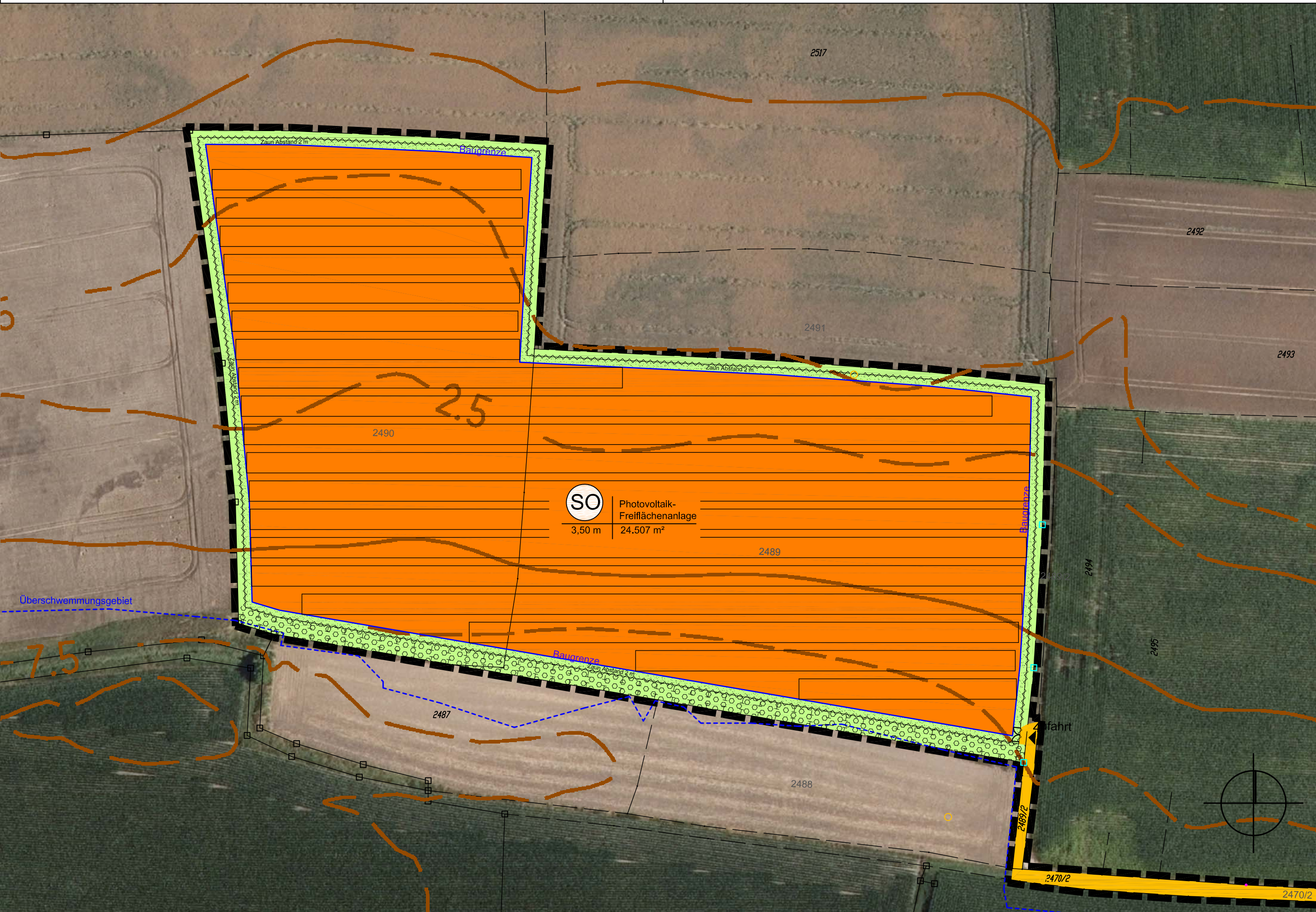
I. PLANLICHE FESTSETZUNGEN

1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 BauGB, §§ 1 - 11 BauNVO)
 - 1.1  Sondergebiet nach § 11 BauNVO
zulässig ist nur die Errichtung einer Photovoltaik-Freiflächenanlage mit Solar-Modulen
auf starren Modultischen, Trafostationen und weiteren Nebenanlagen,
Geländeoberfläche nur mit extensiver Grünlandnutzung.
- 1.2 Rückbau und Folgenutzung § 9 Abs. 2 Satz 1 BauGB:
Die Nutzung der gesamten Flächen innerhalb des Bebauungsplanes wird auf einen Zeitraum von
maximal 30 Jahren ab Rechtskraft der Planung beschränkt. Nach Ablauf der zeitlichen Befristung
ist die Anlage innerhalb einer Frist von 6 Monaten zurückzubauen und nach den geltenden Regeln
der Technik zu entsorgen. Als Folgenutzung ist eine landwirtschaftliche Nutzung vorgesehen. Die
Rückbaufrist von 6 Monaten gilt auch für eine vorzeitige Aufgabe der Photovoltaiknutzung.
2. Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 BauGB, § 16 BauNVO)
Nutzungsschablone
 1. Gebiet mit Angabe der Nutzungsart
 2. zulässige Gewerbebetriebe
 3. maximal zulässige Anlagenhöhe über Geländeoberfläche
 4. Grundfläche
3. Bauweise, Baulinien, Baugrenzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, § 23 BauNVO)
 - 3.1  Baugrenze
 - 3.2  Umzäunung der Anlage 2,30 m hoch, Fläche innerhalb der Umzäunung 26.024 m²
Abstand zur Grundstücksgrenze 2,0 m
4. Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB)
 - 4.1  Feuerwehrzufahrt Schotterweg, Zufahrt zur Photovoltaikanlage in wasserdurchlässiger
Bauweise, Abflussbeiwert maximal 0,6
 - 4.2  Einfahrtsbereich Tor
5. Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)
 - 5.1  private Grünflächen
extensives Grünland
 - 5.2  private Grünflächen
extensives Grünland im Bereich der Photovoltaik-Freiflächenanlage
6. Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen
zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft
(§ 9 Abs. 1 Nr. 20 und 25 BauGB)
 - 6.1  Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung
von Boden, Natur und Landschaft (Ausgleichsflächen nach § 1a BauGB).
Extensives Grünland, Strauchhecken und Streuobst.
 - 6.2  Pflanzung von Strauchhecken. Verwendung autochthoner Sträucher
auf den Ausgleichsflächen. Beachtung der gesetzlichen Grenzabstände.
 - 6.3  zu pflanzende Obstbäume in Streuobstwiese, Pflanzabstand 10-12 m
(Pflanzabstand zur landwirtschaftlichen Fläche 4 m)
7. Sonstige Planzeichen
 -  Überschwemmungsgebiet
 -  Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans
 -  Flurkarte mit Flurnummern

 Schema zur möglichen Aufstellung der Solarmodule,
Modultische können auch in Ost-West-Ausrichtung angeordnet werden.

II. TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

1. **Bebauung**
 - 1.1 **Art und Maß der baulichen Nutzung**
Zulässig ist die Errichtung einer gewerblich genutzten Freiflächen-Photovoltaikanlage bestehend aus
Solar-Modulen auf starren Modultischen, Trafo-Stationen und weiteren Nebenanlagen bis zu einer
maximal zulässigen Anlagenhöhe von 3,50 m (s. a. Ziffer 2. Nutzungsschablone). Bei den Modultischen
ist eine Bodenfrieheit von mind. 0,7 m einzuhalten. Auf die Festsetzung einer Grundflächenzahl wird
verzichtet. Die Dächer der Trafostation oder Nebenanlagen dürfen nicht mit Zink, Blei oder Kupferdeckung
erstellt werden.
- 1.2 **Einfriedung**
Eine Einfriedung des Geländes ist bis 2,30 m Höhe zulässig. Es ist eine Ausführung als Maschendraht-
zaun mit doppeltem Übersteigenschutz zulässig. Ein Abstand von mind. 0,15 m zur Geländeoberfläche ist
einzuhalten (Durchlässigkeit für Kleinsäuger). Die Zaunlinie muss bestehende Hecken und Ranken
berücksichtigen. Die Ausgleichsflächen sind außerhalb der Einzäunung anzulegen.
- 1.3 **Regenwasser**
Sämtliches, im Sondergebiet anfallendes, unverschmutztes Niederschlagswasser ist auf dem Grundstück
selbst breitflächig und über die belebte Bodenzone zu versickern. Um eine zusätzliche Retentionswirkung
zu erzielen, ist die Umfahrt zwischen den Modulen als unbefestigter Grünweg herzustellen. Es dürfen keine
Strukturen geschaffen werden, die oberflächlich abfließendes Niederschlagswasser gezielt ab- oder
einfleiten. Nebenanlagen wie Trafostationen sind erhöht anzuordnen und nicht in Abflussmulden, um
Schäden durch wild abfließendes Wasser zu vermeiden.
- 1.4 **Geländeoberfläche**
Die vorhandene Geländeoberfläche wird nicht verändert.
- 1.5 **Flächenversiegelung**
Die Bodenversiegelung ist auf das unumgängliche Maß beschränkt. Die gesamte Fläche, auch unter den
Modultischen, mit Ausnahme der Nebenanlagen und Trafostationen, ist als extensives Grünland
herzustellen. Zufahrtsbereiche dürfen nur bis zu einem Abflussbeiwert von 0,6 teilversiegelt werden, was
einem Schotterweg entspricht.



2. **Verkehrsflächen private Zufahrt**
 - 2.1 Die Erschließung des Geländes erfolgt auf öffentlichen Wegen. Es ist vorgesehen gänzlich auf Ober-
flächenversiegelung zu verzichten und die Zugänglichkeit über Grünwege herzustellen. Für feuer-
gefährliche Einrichtungen auf dem Gelände muss die 'Richtlinie über Flächen für die Feuerwehr'
eingehalten werden. Die Feuerwehrzufahrt bis zum Anlagentor ist als Schotterweg mit ausreichender
Tragkraft zu errichten. Die Zufahrt erfolgt über die Feldwege Flur 2489/2, 2502/3 und 2470/2.
3. **Grünordnung**
Die Ausgleichsmaßnahmen sind spätestens in der nach der Nutzungsaufnahme der Anlage folgenden
Pflanzperiode auszuführen und abzuschließen. Für Gehölzpflanzungen ist die Pflanzperiode Oktober bis
April nach Fertigstellung der Anlage maßgeblich. Für die Ansaaten gilt die Vegetationsperiode April bis
Oktober nach Fertigstellung der Anlage. Die Fertigstellung ist bei der unteren Naturschutzbehörde des
Landratsamtes Kelheim zu melden, sowie ein Abnahmetermin zu vereinbaren. Eine dingliche Sicherung,
die eine Handlungs- und Unterlassungsverpflichtung beinhaltet, ist als beschränkte persönliche
Dienstbarkeit gem. § 1090 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) in das Grundbuch einzutragen. Meldung
Ökflächenkataster, die im Rahmen der Bauleitplanung festgelegte Kompensationsfläche ist nach Art. 9
BayNatSchG von der Stadt an das Bayerische Landesamt für Umweltschutz zu melden.
- 3.1 **Grünflächen**
Sämtliche Flächen – auch unter den Modulen – sowie die Ausgleichsfläche sind als extensives Grünland
nach dem Biotoptyp GE herzustellen. Die Flächen sind ein- bis zweimal jährlich zu mähen, dabei hat die
erste Mahd frühestens ab Mitte Juni und die zweite Mahd frühestens ab Mitte August zu erfolgen. Das Mäh-
gut ist aus den Flächen zu entfernen. Eine Düngung und das Ausbringen von Pflanzenschutzmitteln ist un-
zulässig. Alternativ ist eine extensive Beweidung zulässig. Ein möglicher Aufwuchs von Neophyten ist durch
geeignete Maßnahmen zu bekämpfen.
- 3.2 **Ansaat**
Für die Ansaat ist kräuter- und blütenreiches Wiesensaatgut mit einem Gräseranteil von maximal 30% zu
verwenden. Die Ansaat der Ausgleichsflächen ist ausschließlich mit autochthonem Saatgut (Herkunftsregion
5.2 Schwäbische und Fränkische Alb) mit Herkunftsangabe herzustellen.
4. **Anwendung der naturschutzfachlichen Eingriffsregelung**
 - 4.1 **Ausgleichsbedarf**
Der Kompensationsbedarf ergibt sich aus der eingezäunten Fläche, multipliziert mit dem Kompensations-
faktor. Aufgrund der Ausschlusskriterien für ungeeignete Bereiche, dem Versiegelungs- bzw. Nutzungsgrad
der Photovoltaikanlage sowie der Vermeidungsmaßnahmen auf der Anlage liegt der Kompensationsfaktor
bei 0,3. Somit ergibt sich für die eingezäunte Fläche von 26.024 m² x 0,3 ein Ausgleichsflächenbedarf von
7.807 m².
 - 4.2 **Ausgleichsfläche**
Der Ausgleichsbedarf ist entlang der südlichen Grundstücksgrenze von Flur 2490 und 2489 der Ein-
griffsfläche sowie auf externen Ausgleichsflächen mit den Flurnummern 1982 und 1763 in der Gemarkung
Sandharlanden zu erbringen. Die Ausgleichsflächen betragen insgesamt 7.807 m². Auf der Flur 1982 sind
3.405 m² Ausgleich und auf einer Teilfläche der Flur 1763 sind 3.259 m² Ausgleich zu erbringen. Entlang der
Südgrenze der Modultische beträgt der Ausgleich 1.143 m².
 - 4.3 **Ausgleichsmaßnahmen**
Die Ausgleichsflächen werden als extensives Grünland nach dem Biotoptyp GE hergestellt. Für die Ansaat
ist autochthones Wiesensaatgut oder samenhaltiges Mähgut aus Extensivwiesen in der Umgebung
zu verwenden. Handelsübliche Mischungen sind unzulässig.
Als Entwicklungsziel wird eine arten- und blütenreiche Wiese angestrebt. In den ersten drei Jahren sind die
Flächen dreimal jährlich zu mähen. Ansonsten sind die Flächen ein- bis zweimal jährlich zu mähen. Dabei
hat die erste Mahd frühestens ab Mitte Juni und die zweite Mahd frühestens ab Mitte August zu erfolgen.
Das Mähgut ist aus den Flächen zu entfernen. Eine Düngung und das Ausbringen von Pflanzenschutzmitteln
ist unzulässig. Alternativ ist eine extensive Beweidung zulässig.
Entlang der Waldränder auf den externen Ausgleichsflächen sowie entlang der südlichen Grundstücks-
grenze von Flur 2490 und 2489 sind Hecken (Ziffer 6.2) zu pflanzen. Es sind mindestens 3-reihige Strauch-
hecken auf einer Breite von 5 m zu pflanzen. Es sind verpflanzte Sträucher, 2xv., mB, mind. 3-5 Grundtriebe,
60-100 cm hoch mit einem Abstand von 1,5 m und einem Reihenabstand von 1,0 m zu pflanzen. Es sind
ausschließlich standortgerechte, autochthone Gehölze entsprechend der Artenliste für Gehölzpflanzungen
zu verwenden.

Auf Flur 1982 sind entlang der Straße mindestens 16 standortgerechte Obstbäumen zu pflanzen. Es sind
Hochstämme mit einem Pflanzabstand von 10-12 m zu verwenden. Die gesetzlichen Abstandsregelungen
sind für die Sträucher und Bäume einzuhalten.
Die Gehölzpflanzungen sind mindestens zwei Jahre durch eine jährlich mehrmalige Mahd freizuhalten, das
Mähgut ist zu entfernen. Die Entwicklungsdauer beträgt voraussichtlich 20-25 Jahre. Die Ausgleichsflächen
sind dauerhaft zu erhalten und zu pflegen. Es darf nur autochthones Pflanz- und Saatgut verwendet werden.
Die Ausgleichsflächen sind zur besseren Nachvollziehbarkeit im Gelände dauerhaft mit Eichenstangen an
den Eckpunkten zu markieren.

II. TEXTLICHE FESTSETZUNGEN
(FORTSETZUNG)

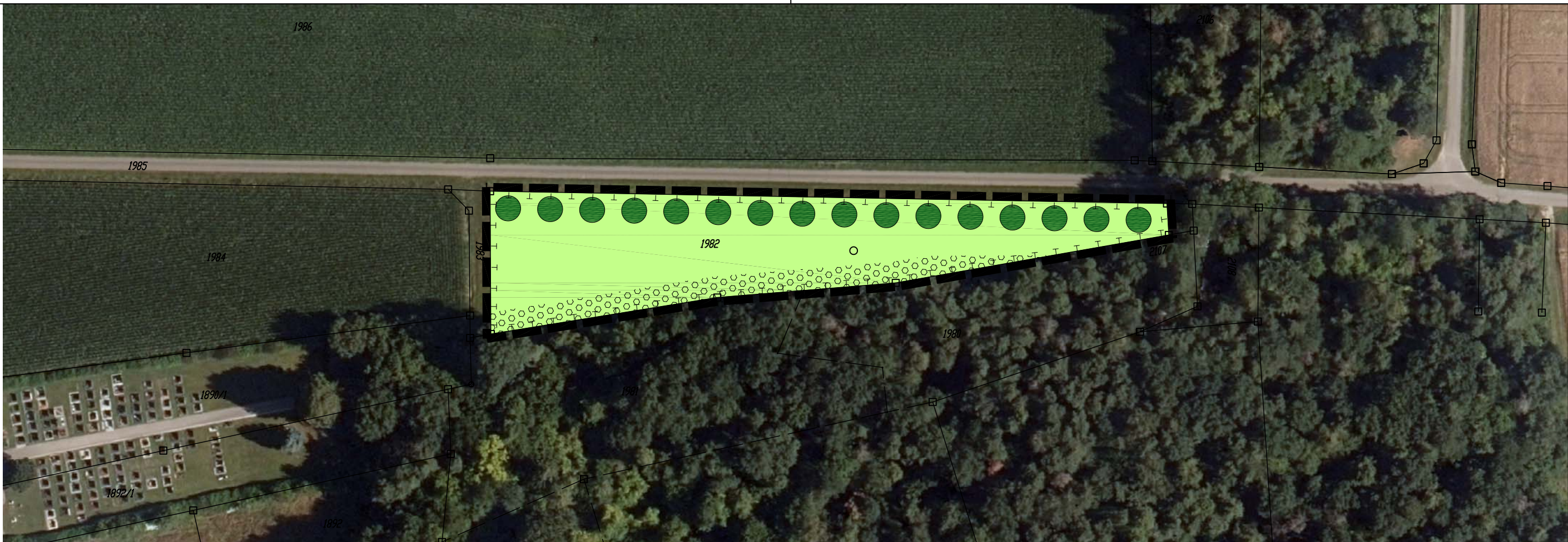
Artenliste für Strauchpflanzungen (siehe Ziffer 6.2)
Herkunftsregion für autochthones Pflanz- und Saatgut (Herkunftsregion 5.2 Schwäbische und Fränkische Alb)

Rhamnus cathartica – Purgier-Kreuzdorn
Cornus sanguinea – Hartdorn
Corylus avellana – Haselnuss
Crataegus laevigata – Zweigriffliger Weißdorn
Ligustrum vulgare – Liguster
Lonicera xylosteum – rote Heckenkirische
Prunus spinosa – Schlehe
Rosa canina – Hundrose
Sambucus nigra – Holunder
Viburnum lantana – wolliger Schneeball
Salix caprea – Sal-Weide
Pflanzqualität: verpflanzte Sträucher, 2xv., mB, mind. 3-5 Grundtriebe, 60-100 cm.

**Artenliste für Gehölzpflanzungen vorgeschlagene Obstbäume für die
Streuobstwiese** (siehe Ziffer 6.3)
Streuobstwiese – hochstämmige heimische Obstbäume Pflanzqualität Hochstamm STU 10 - 12 cm.

| Apfelsorten | Birnensorten |
|----------------------------------|--------------------------|
| Roter vom Oberland Jakob Fischer | Frühe von Trevoux |
| Winterrambur | Konferenz |
| Roter Trierer Weinapfel | Madame Verte |
| Rheinischer Bohnapfel | Holz-Birne Pyrus pyramis |
| Klarpfäpfel | |
| Loher Rambur | |
| Reichtragender vom Zenngrund | |

Nach Empfehlung NABU Natur und Landschaft. Sorten als Auswahl, nicht abschließend.
Bei der Pflanzung von Gehölzen sind die gesetzlichen Abstandsregelungen zu den Grundstücksgrenzen
zu beachten.



Externe Ausgleichsfläche auf Flur 1982, Gemarkung Sandharlanden.



Externe Ausgleichsfläche auf einem Teilbereich von Flur 1763, Gemarkung Sandharlanden.

III. TEXTLICHE HINWEISE

Bodendenkmäler
Für Bodendenkmäler jeglicher Art im Geltungsbereich des Bebauungsplans ist eine denkmalrechtliche Erlaubnis
gemäß Art. 7.1 BayDSchG notwendig, die in einem eigenständigen Erlaubnisverfahren bei der zuständigen
Unteren Denkmalschutzbehörde zu beantragen ist. Ansonsten gilt der Hinweis auf die Meldepflicht nach Art.
8.1-2 BayDSchG. Werden bei Bodenarbeiten Strukturen freigelegt, die auf Bodendenkmäler hindeuten, ist das
Landratsamt Kelheim oder das Denkmalamt zu verständigen. Die gesamte Flur 2489 ist als Bodendenkmal mit
der Beschreibung verneinte Grabhügel vorgeschichtlicher Zeit verzeichnet. Ein Antrag wurde gestellt und es
wurde eine denkmalrechtliche Erlaubnis gem. Art. 7 Abs. 1 BayDSchG mit Auflagen und Hinweisen erteilt. Diese
Auflagen und Hinweise sind einzuhalten. Um den Eingriff in den Boden zu minimieren ist bei der Ausführung zu
beachten:
- die Kabelgräben dürfen nur 50 cm tief gefräst werden, der Aushub mit Baggern ist nicht erlaubt
- die Profile der Aufständerung dürfen nur gerammt werden, ein Aushub ist nicht erlaubt
- für die Aufstellung der Trafostation darf kein Fundament ausgehoben, sondern nur der Humus abgeschoben
und eine Sauberkeitsschicht eingebaut werden.
- der Baubeginn ist dem Kreisarchäologen anzukündigen. Dieser berät den Vorhabenträger.
- Erdarbeiten wie Oberbodenabtrag und Aushub für Kabelgräben oder Fundamente dürfen nur unter Aufsicht
einer archäologisch qualifizierten Fachkraft durchgeführt werden.

Alltasten
Die von der Flächennutzungsplanänderung betroffenen Flächen sind im Alltastenkataster des Landratsamtes
Kelheim derzeit nicht eingetragen. Diese Feststellung bestätigt nicht, dass die Flächen frei von jeglichen
Alltasten oder schädlichen Bodenverunreinigungen sind. Bodenverunreinigungen sind beim Landratsamt zu
melden.

Vermessung, Grenzverlauf
Derzeit verläuft die Wegetrasse nicht auf der abgemarkten Trasse Flnr. 2489/2. Die Wegetrasse ist unter
Beachtung der Richtlinien über Flächen für die Feuerwehr wieder auf der abgemarkten Flnr. 2489/2 anzulegen.
Die Vermessung der Grundstücksgrenzen hat stattgefunden. Vor Baubeginn sind die Grenzabstände und
Grenzverläufe mittels Vermessung festzulegen.

Anschluss an das Stromnetz
Das benötigte 20-kV Kabel von der Übergabestation zur Freiflächenanlage wird im Boden verlegt. Das Kabel
liegt im Eigentum und in der Verantwortung des Betreibers der Anlage.

Immissionsschutz
Der Abstand zu benachbarter Bebauung im Südosten der geplanten Anlage, am Ortsrand von Schwaighausen,
beträgt rund 480 m. Durch den großen Abstand ist davon auszugehen, dass es durch die Photovoltaik-Frei-
flächenanlage nicht zu schädlichen Umwelteinwirkungen in Form von Lichtimmissionen (Blendwirkung, Reflexion)
für die Anwohner kommen kann. Unzulässige Blendeinwirkungen auf Gebäude sind auszuschließen. Treten
unzulässige Blendungen an Gebäuden auf, hat der Anlagenbetreiber auf eigene Kosten durch geeignete
Maßnahmen die Reflexionen zu beseitigen.

Brandschutz
Der Betreiber der geplanten Anlage ist für die Umsetzung und Einhaltung der Auflagen des Kreisbrandsrats hin-
sichtlich Feuerwehrplan und Benennung eines Ansprechpartners im Schadensfall verantwortlich. Die Einzäunung
besteht aus einem Maschendrahtzaun, im Notfall kann sich die Feuerwehr gewaltsam an beliebiger Stelle
Zugang verschaffen. Die Fläche ist über Feldwege erreichbar, eine Feuerwehrzufahrt ist unter Beachtung der
Richtlinien über Flächen für die Feuerwehr bis zur Toranlage herzustellen.

Landwirtschaftliche Nutzung
Die geplante Photovoltaikanlage grenzt an landwirtschaftliche Nutzflächen. Daher ist die Gefahr von Stein-
schlag und möglicher Verschmutzungen hinzunehmen, die bei einer ordnungsgemäßen Bodenbearbeitung oder
Benutzung der Feldwege entsteht. Um die Bewirtschaftung der benachbarten Flächen nicht zu behindern, ist mit
dem Anlagenzaun ein Abstand von 2,0 m zur Grundstücksgrenze einzuhalten.

Sparten und Leitungen
Vor Baubeginn muss vom Anlagenhersteller eine Spartenabfrage durchgeführt und Planauskunft mit den nötigen
Sicherheitsanforderungen eingeholt und diese beachtet werden. Zum Zeitpunkt der Erstellung der Bauleitplanung
sind noch keine Sparten bekannt.

IV. VERFAHRENSVERMERKE

Verfahrensvermerk Bebauungsplan

1. Der Stadtrat von Abensberg hat in der Sitzung vom 29.05.2019 die Aufstellung des Bebauungsplans beschlossen. Der
Aufstellungsbeschluss wurde vom 07.06.2019 bis 24.06.2019 durch Anschlag an den Ortstafeln bekannt gegeben.
2. Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB mit öffentlicher Darlegung und Anhörung für den
Vorentwurf des Bebauungsplans in der Fassung vom 12.06.2019 hat in der Zeit vom 25.09.2019 bis 25.10.2019
stattgefunden.
3. Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB für
den Vorentwurf des Bebauungsplans in der Fassung vom 12.06.2019 hat in der Zeit vom 25.09.2019 bis 25.10.2019
stattgefunden.
4. Zu dem Entwurf des Bebauungsplans in der Fassung vom 20.01.2020 wurden die Behörden und sonstigen Träger
öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 16.11.2020 bis 16.12.2020 beteiligt.
5. Der Entwurf des Bebauungsplans in der Fassung vom 20.01.2020 wurde mit der Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
in der Zeit vom 16.11.2020 bis 16.12.2020 öffentlich ausgelegt.
6. Die Stadt Abensberg hat mit Beschluss des Stadtrats vom 18.01.2021 den Bebauungsplan gem. § 10 Abs. 1 BauGB in
der Fassung vom 18.01.2021 als Satzung beschlossen. Der Bebauungsplan wurde aus dem rechtsgültigen Flächennutzungsplan entwickelt und bedarf deshalb keiner
Genehmigung.
7. Der Satzungsbeschluss zu dem Bebauungsplan wurde am gemäß § 10 Abs. 3 Halbsatz 2 BauGB
ortsüblich durch Anschlag an den Ortstafeln bekannt gemacht. Der Bebauungsplan ist damit in Kraft getreten.

Stadt Abensberg, den

..... (Siegel)

Erster Bürgermeister Dr. Uwe Brandl

BEBAUUNGS- UND GRÜNORDNUNGSPLAN
STADT ABENSBERG

SONDERGEBIET
PHOTOVOLTAIKANLAGE SCHWAIGHAUSEN - MÜHLTAL

Dipl. Ing. STEFAN JOVEN
PLANUNGSBÜRO
Landschafts-, Freiraumplanung
Wasser-, Tiefbau
Ingeborgstr. 22
81825 München
Mobil (0172) 2728887
Telefon (089) 43987339

SfJ

M 1 : 1.000

gezeichnet: am 18.01.2021